

R W L

Verwaltungs- und Beteiligung- AG

Bremen

WKN 778630

Geschäftsbericht 2002



BILANZ zum 31. Dezember 2002

Geschäftsjahr

Vorjahr

RWL Verwaltungs- und Beteiligung – AG, Bremen

Euro

Euro

Euro

AKTIVA**A. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige
Vermögensgegenstände1. Forderungen gegen verbundene
Unternehmen

58.911,60

112.304,16

2. sonstige Vermögensgegenstände

640,70963,36

59.552,30

113.267,52

**B. Nicht durch Eigenkapital
gedeckter Fehlbetrag**

81.996,36

0,00

141.548,66113.267,52

BILANZ zum 31. Dezember 2002

Geschäftsjahr

Vorjahr

RWL Verwaltungs- und Beteiligung – AG, Bremen

Euro

Euro

Euro

PASSIVA**A. Eigenkapital**

I. Gezeichnetes Kapital

2.607.588,59

2.607.588,59

II. Gewinnrücklagen

1. gesetzliche Rücklage

260.758,86

260.758,86

III. Bilanzverlust

2.950.343,81-

2.868.347,45-

nicht gedeckter Fehlbetrag

81.996,36

0,00

buchmäßiges Eigenkapital

0,00

0,00

B. Rückstellungen

1. sonstige Rückstellungen

37.800,00

16.297,43

C. Verbindlichkeiten1. Verbindlichkeiten gegenüber
Kreditinstituten

10.612,30

193,47

- davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr

Euro 10.612,30 (Euro 193,47)

2. Verbindlichkeiten aus

Lieferungen und Leistungen

0,00

90.592,06

- davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr Euro 0,00

(Euro 90.592,06)

3. Verbindlichkeiten gegenüber
verbundenen Unternehmen

mit Rangrücktritt

81.996,36

0,00

- davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr

Euro 81.996,36 (Euro 0,00)

4. sonstige Verbindlichkeiten

11.140,00

103.748,66

6.184,56

96.970,09

- davon mit einer Restlaufzeit
bis zu einem Jahr

Euro 11.140,00

(Euro 6.184,56)

141.548,66

113.267,52



I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2002 der RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG, Bremen, wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Die Aufstellung erfolgte erstmals in EUR. Die Vorjahreszahlen wurden in EUR umgerechnet. Hierbei wurde der amtliche Umrechnungskurs angewendet.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Nach § 267 Abs. 3 Satz 2 HGB gilt die Gesellschaft als große Kapitalgesellschaft.

II. Besonderheiten der Form des Jahresabschlusses

Angabe und Erläuterung der Vorjahreszahlen

Die Hauptversammlung vom 27.08.2001 hat die Fortsetzung der in Liquidation befindlichen Gesellschaft beschlossen. Entsprechend der handelregisterlichen Eintragung begann diese Fortsetzung am 19.10.2001. Auf den 18.10.2001 wurde für die ehemals in Abwicklung befindliche Gesellschaft eine Abwicklungs-Schlussbilanz erstellt. Die Fortsetzungs-Eröffnungsbilanz auf den 19.10.2001 ist identisch mit der Abwicklungsschlussbilanz.

Aufgrund dieser Vorgeschichte enthält der Jahresabschluss Vorjahresvergleichswerte für den Zeitraum 19.10.2001 bis 31.12.2001.

Der unter dem Datum vom 19.06.2002 festgestellte Vorjahresabschluss für die Zeit vom 19.10.2001 bis 31.12.2001 wurde durch Urteil des Landgerichts Bremen vom 30.05.2003 für nichtig erklärt, neu aufgestellt und erneut geprüft. Die Feststellung des berichtigten Vorjahresabschlusses steht noch aus. Die berichtigten Vorjahreszahlen wurden als Eröffnungsbilanzwerte für das Geschäftsjahr 2002 übernommen und im vorliegenden Jahresabschluss als Vorjahresvergleichswerte ausgewiesen.

III. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Maßgebend sind die Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs.

Ergänzend zu diesen Vorschriften waren die Regelungen des Aktiengesetzes zu beachten.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet und mit dem Nennbetrag angesetzt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

IV. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben und Erläuterungen zum Eigenkapital

In dem Bilanzverlust ist ein Verlustvortrag von EUR 2.868.347,45 enthalten.

Angaben und Erläuterungen zu Rückstellungen

Der Posten sonstige Rückstellungen enthält im wesentlichen die Rückstellung für Abschluss- und Prüfungskosten für die Geschäftsjahre 2001 und 2002.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten die noch nicht gezahlte Vorstandsvergütung 2002.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Erträgen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von EUR 10.161,93 enthalten, die die Auflösung der Rückstellung für die Aufsichtsratsvergütung 2001 betreffen.

Angaben und Erläuterungen zu den sonstigen betrieblichen Aufwendungen

Im Posten sonstige betriebliche Aufwendungen sind im wesentlichen die Kosten für die Hauptversammlung, Rechts- und Beratungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten sowie nicht abzugsfähige Vorsteuer enthalten.

Erläuterung der außerordentlichen Erträge

Die außerordentlichen Erträge des Vorjahres betrafen einen Ertragszuschuss. Ein solcher ist im Geschäftsjahr 2002 nicht gewährt worden.



Nicht aus der Bilanz ersichtliche sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf EUR 120.569,23.

Mit der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH wurde bis zum 31.12.2001 ein Ertragszuschuss in Höhe von DM 235.812,92 (EUR 120.569,23) vereinbart und mit einer Besserungsabrede versehen. Die RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG, Bremen, ist nach dieser Ertragszuschussvereinbarung verpflichtet, den Ertragszuschuss von EUR 120.569,23 nebst Zinsen von 5 % p.a. auf schriftliche Anforderung zurückzuzahlen, sobald und soweit sie einen entsprechenden Jahresüberschuss oder Liquidationsüberschuss erzielt, sie über ausreichende Liquidität verfügt und die Rückzahlung nicht gegen zwingende Regeln des Aktienrechts verstößt.

Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung der Gesellschaft zum 31.12.2002 hat die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH bezüglich eines Darlehens aus 2002 in Höhe von maximal EUR 100.000,00 (Ausweis zum 31.12.2002 EUR 81.996,36) einen Rangrücktritt auch im Falle der Insolvenz der Gesellschaft in voller Höhe erklärt. Danach tritt die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH mit ihrer Forderung unwiderruflich hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger zurück, solange und soweit die RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG überschuldet ist. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, das Darlehen zurückzuzahlen, sobald die Überschuldung beseitigt ist.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Zur Abwendung der insolvenzrechtlichen Überschuldung der Gesellschaft hat die Hauptgesellschafterin, die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH bezüglich eines Darlehens in Höhe von EUR 81.996,36 einen Rangrücktritt in voller Höhe erklärt, solange und soweit die Gesellschaft überschuldet ist.

V. Sonstige Pflichtangaben

Namen der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrates

Vorstand

Durch Beschluss des Aufsichtsrats in der Sitzung vom 16.07.2001 wurde zum einzigen Vorstand des Unternehmens Herr Jan D. Höhfeld, Justitiar, Essen, bestellt. Herr Höhfeld hat mit Wirkung zum 31.08.2002 sein Amt als Vorstand niedergelegt.

Durch Beschluss des Aufsichtsrats in der Sitzung vom 29.08.2002 wurde zum einzigen Vorstand des Unternehmens ab 01.09.2002 Herr Ulrich Bühne, Dipl.-Betriebswirt, Berlin, bestellt.

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten folgende Personen an:

Herr Dr. Rüdiger Leykam, Rechtsanwalt und Notar, Bremen, Vorsitzender

Herr Dr. Klaus Möckelmann, Dipl.-Wirtschaftsingenieur und Unternehmensberater, München, stellvertretender Vorsitzender (bis 29.08.2002)

Herr Caspar Berninghaus, Kaufmann und Geschäftsführer, Kempen (bis 29.08.2002)

Herr Hans-Jörg Simon, Dipl.-Volkswirt und Geschäftsführer, Berlin, stellvertretender Vorsitzender (ab 29.08.2002)

Herr Johannes Beelen, Dipl.-Kaufmann und Geschäftsführer, Solingen (ab 29.08.2002)

Die folgenden Mitglieder des Aufsichtsrates sind in weiteren Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG vertreten:

Herr Beelen:

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Böwe System AG, Augsburg

Mitglied Board of Directors Arcos Hermanos S.A., Albacete, Spanien

Mitglied Board of Directors Berndes Kitchenware Ltd. Shanghai, V.R. China

Angaben über die Gattung von Aktien

Das Grundkapital der Gesellschaft lautet auf EUR 2.607.588,59 und ist eingeteilt in 102.000 Stückaktien. Die Aktien lauten auf den Inhaber.

Satzungsänderung

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29.08.2002 ist die Satzung insgesamt neu gefasst.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 29.08.2007 um bis zu EUR 1.303.794 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals zu erhöhen (genehmigtes Kapital). Bisher wurde von dieser Ermächtigung kein Gebrauch gemacht.

Angabe über das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft, die nach § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG i.V.m. § 22 Abs. 1 WpHG i.V.m. § 21 Abs. 1 WpHG der Gesellschaft mitgeteilt worden ist

Der Inhalt der Bestandsmeldung zum 01.04.2002 lautet wie folgt:

Die Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Bottrop, hat mitgeteilt, dass ihr gemäß § 41 Abs. 2 S. 1 WpHG am 01.04.2002 81,46 % der Stimmrechte an der Gesellschaft zustehen.

Gleichzeitig hat sie mitgeteilt, dass Frau Brita Gerling-Koehne und Herr Dr. Rainer Koehne, Haus Uhlenhorst, Uhlenhorstweg 17, 45479 Mülheim/Ruhr, die zu je 50 % an der Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH beteiligt sind, ebenfalls 81,46 % der Stimmrechte an der RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG zustehen. Diese Stimmrechte werden ihnen gemäß § 22 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 3 WpHG zugerechnet.

Vergütungen des Vorstandes und des Aufsichtsrates

Als Vergütung für die geleisteten Tätigkeiten des Vorstands im Berichtsjahr wurden Euro 14.880,00 gewährt.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt Euro 6.500,00 als Vergütung gewährt.

Den auf der Hauptversammlung neugewählten Mitgliedern wurde eine anteilige Vergütung gewährt. Die Vergütung beträgt die Hälfte des in der Satzung vorgesehenen Betrages.

Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs beschäftigten Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren im Unternehmen keine Arbeitnehmer beschäftigt.

Erklärung nach § 161 AktG

Die Gesellschaft hat am 07.03.2003 die nach § 161 AktG geforderte Erklärung zur Anwendung des Deutschen Corporate Governance Kodex abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Bremen, den 20.06.2003

Ulrich Bühne, Dipl. Betriebswirt

Vorstand



RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG

Lagebericht zum 31. Dezember 2002

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2002 war von der kontinuierlichen Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes gekennzeichnet. Ziel war es, gemäß dem Gesellschaftszweck eine strategische Neuausrichtung zu planen. Diese Neuausrichtung ließ sich aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Umfeldes bisher jedoch nicht verwirklichen. Die Liquidität der Gesellschaft ist vorläufig sichergestellt, die insolvenzrechtliche Überschuldung wird im Wege eines Darlehens mit Rangrücktrittserklärung zum 31. Dezember 2002 durch den Mehrheitsgesellschafter, Rheinische Grundbesitz Deutschland GmbH, Essen, ausgeglichen.

Der Vorstand hat folgende Schlusserklärung gemäß § 312 AktG abgegeben:

Die Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen sind weder getroffen noch unterlassen worden.

Ausblick

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag haben sich nicht ereignet. Das nächstliegende Ziel der Gesellschaft ist die Aufbringung des notwendigen Gesellschaftskapitals. Es ist beabsichtigt diese Maßnahme dann in Gang zu setzen, wenn und sobald dies aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten für vertretbar gehalten wird. Die Rückstellungen entsprechen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung und sind nach dem heutigen Kenntnisstand ausreichend bemessen.

Solange der Gesellschaft kein neues Kapital zugeführt wird, hängt die weitere Existenz der Gesellschaft davon ab, dass Ihre laufenden Kosten von außenstehenden Personen getragen werden.

Berlin, im Juni 2003

Ulrich Bühne

Vorstand

RWL Verwaltungs- und Beteiligung- AG

Bericht des Aufsichtsrats zum 31. Dezember 2002

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr entsprechend seinen gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben die Geschäftsführung der Gesellschaft überwacht. Es haben vier Sitzungen stattgefunden, in denen sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Lage der Gesellschaft hat unterrichten lassen. Gegenstand der Berichterstattung des Vorstands waren insbesondere die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft sowie die Vermögens- und Finanzlage. Auch über die kontinuierliche Beobachtung des Markt- und Börsenumfeldes hat er sich laufend berichten lassen. Ausschüsse des Aufsichtsrats sind im Geschäftsjahr 2002 wegen noch nicht vorhandener Geschäftstätigkeit nicht gebildet worden.

Der vom Vorstand für das Geschäftsjahr 2002 aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft sowie der Lagebericht zum 31.12.2002 sind unter Einbeziehung der Buchführung durch den in der Hauptversammlung am 29.08.2002 gewählten Abschlussprüfer, Fasselt & Partner Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Duisburg, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat keine Einwendungen erhoben und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Jahresabschluss, Lagebericht des Vorstands und Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden in Anwesenheit des Abschlussprüfers eingehend besprochen. Der Aufsichtsrat erhebt nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung keine Einwendungen und schließt sich dem Ergebnis des Abschlussprüfers an. In seiner Sitzung am 7. Juli 2003 hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2002 gebilligt. Er ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Dem Aufsichtsrat hat außerdem der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2002 vorgelegen. Der Bericht ist ebenfalls vom Abschlussprüfer geprüft und mit dem folgenden Bestätigungsvermerk versehen worden:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat den Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen geprüft. Er stimmt ihm zu, ebenso dem Ergebnis der Prüfung durch den Abschlussprüfer. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen für das Geschäftsjahr 2002.

Bremen, im Juni 2003

Für den Aufsichtsrat

Dr. Leykam

Vorsitzender

